

Rheinberger STATT Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Dezember 2019

WIR WÜNSCHEN
FROHE WEIHNACHTEN
UND EINEN GUTEN
RUTSCH INS NEUE
JAHR 2020



Aus der Fraktion

Gesundheit ist das höchste Gut!

... und der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ein Grundrecht und Aufgabe der staatlichen Daseinsfürsorge. Dazu gehört auch eine gut erreichbare Notarzt- und Notdienstversorgung. Eine solche ist in Rheinberg bisher noch gegeben, was sich allerdings nach Plänen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein ändern soll.

Die KV will die Verträge zur Notdienstpraxis am DRK-Heim am Melkweg kündigen und eine Zentralisierung mit Anbindung an stationäre Leistungen im Krankenhaus Bethanien in Moers realisieren.

Das hieße für Rheinberger*innen lange Anfahrten und Verlust von im Notfall kostbarer Zeit für die Einleitung medizinisch notwendiger Sofortmaßnahmen – erst recht für Menschen, die in besonderem Maße auf eine Notarzt- und Notdienstversorgung angewiesen sind:

Nämlich zum einen für die wachsende Gruppe älterer Menschen, die erwiesenermaßen deutlich mehr Gesundheitsleistungen als Jüngere benötigen und bei denen zugleich die Mobilität abnimmt.

Zum anderen die ebenfalls wachsende Gruppe an einkommensschwachen Bürger*innen, die für ihre Mobilität in der Regel auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) setzen müssen, welcher gerade in ländlichen Regionen wie der unseren oft schwach gestaltet und nicht immer verlässlich ist.

Wir GRÜNEN wollen ein weiteres Ausbluten der Gesundheitsversorgung in Rheinberg, wo wir bereits zwei Akutkrankenhäuser verloren haben, verhindern! Und es droht mehr, denn immer mehr Haus- und Fachärzte kommen in die Nähe zum Ruhestand und es wird immer schwieriger, medizinischen Fach-

kraftnachwuchs für unsere Region zu gewinnen. Hier sind zuvorderst Bundes- und Landespolitik gefordert, die Rahmenbedingungen zu verändern, die Attraktivität einer Niederlassung im ländlichen Raum inklusive der Bereitschaft zu Notdiensten zu steigern, statt diese mit finanziellen Belastungen zu bestrafen.

Wir wollen die wohnortnahe Notarzt- und Notdienstversorgung in Rheinberg erhalten, weil es um Notfälle und – sicher nicht immer – aber auch um Lebenserhaltung geht! Zu späte Diagnosen sind immer teurer und manchmal eben auch lebensbedrohlich.

Wir wollen auch und gerade im Notdienstbereich den schnell und gut erreichbaren Lotsen im medizinischen System, der auch die Notaufnahmen der umliegenden Krankenhäuser entlastet, die schon lange darüber klagen, dass „Bagatellfälle“ die nötige Versorgung der



Dietmar Heyde Ratsmitglied will die wohnortnahe Notarzt- und Notdienstversorgung in Rheinberg erhalten.

wirklichen Notfälle behindern. Eine weitere Zentralisierung würde diese Situation doch deutlich verschlechtern.

Deshalb haben wir GRÜNEN die Protestresolution an die KV zum Erhalt der Notdienstpraxis angestoßen, die der Rat der Stadt Rheinberg (mit Ausnahme der FDP) im Oktober als starkes Signal verabschiedet hat und hoffentlich zu einem Umdenken der Verantwortlichen beitragen wird.

Tolles Klima in Rheinberg?!

Climate emergency oder Klimanotstand hieß das Stichwort dieses Sommers und viele Kommunen bekannten sich zu einem umfassenden Klimaschutzprogramm mit dem Ziel, als Teil der Weltgemeinschaft zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens mit den verfügbaren kommunalen Einflussmöglichkeiten beizutragen.

Gut so, aber es ist auch hoch an der Zeit, dass etwas getan wird. So dachte auch die GRÜNE Ratsfraktion und beantragte schon im September des letzten Jahres, die Verwaltung möge weitere Maßnahmen für eine Verbesserung des Klimaschutzes und eine Minderung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase ermitteln und darstellen, welche Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung in welchen Aktionsfeldern in Rheinberg getroffen werden können.

Ein Beschluss wurde damals nicht gefasst, der Antrag wurde, um es deutlich zu sagen, von anderen Fraktionen zerredet.

Wer nun gedacht hatte, die Jugendbewegung „Fridays for Future“ würde auch hier im Rat etwas bewegen, sah sich bitter enttäuscht. Unser in diesem Juli eingebrachter Antrag zum Klimanotstand fand ebenfalls keine positive Aufnahme bei anderen Fraktionen. Das Haar in der

Suppe war dieses Mal das Wort „Notstand“, eine Begrifflichkeit, die wir zwar selbst für nicht glücklich hielten, aber wegen des Solidarisierungsgedankens mit der globalen Bewegung für mehr Klimaschutz als vertretbar ansahen.

Um aber den begrifflichen Stein des Anstoßes beiseite zu räumen, legten wir eine Neufassung für die Ratssitzung in diesem Oktober vor, die auf die Bedenken der Kritiker einging. Ergebnis: Nur die Linke stimmte geschlossen für den Antrag, die SPD war zerrissen, FDP und CDU stimmten ebenso wie der Bürgermeister dagegen.

Die Frage bleibt am Ende: Warum diese Verweigerungshaltung bei der Ratsmehrheit? Es reicht nicht, sich ständig selbst auf die Schulter zu klopfen, dass

man in Rheinberg schon so viel getan habe. Mehr ist möglich und mehr ist nötig – und sei es, aus der waldärmsten Kommune NRW eine grüne Lunge zu machen!

Dem Planeten kann der Klimawandel egal sein, er hat schon viele klimatische Veränderungen erlebt. Aber uns Menschen kann das nicht egal sein. Dieser menschengemachte Wandel droht, uns unsere Lebensgrundlagen zu entziehen.

Das merken wir auch in unserer Region. So sorgte unter anderem der trockene Sommer in 2018 für empfindliche Ernteeinbußen bei der heimischen Landwirtschaft. Im Jahr 2016 verursachten hingegen schwere Regenfälle katastrophale Zustände insbesondere im Norden des Kreises Wesel.



Auch ein Ergebnis des Klimawandels: Niedrigwasser durch trockene Hitzeperioden – hier gibt der Rhein bei Schenkenschanz ein altes Schiffswrack frei.



Jürgen Bartsch Ratsmitglied will, dass in Rheinberg mehr getan wird für den Klimaschutz

Schafft die Menschheit die Wende? Das ist keinesfalls ausgemacht. Denn mit dem Klima verhält es sich anders als mit den allermeisten Dingen, die Politik beeinflussen kann. Kükenschreddern lässt sich abschaffen, die Ausbringung von Gülle reduzieren, Verkehr lässt sich vermindern, ebenso der Landverbrauch, auch wenn dies alles schon einer großen Herausforderung gleichkäme. Aber die sogenannten Kippunkte beim Klima wieder einfangen – da sehe ich auch bei Experten bislang nur Schulterzucken.

Der Kasus knaktus ist, dass die Klimaerwärmung irgendwann irreversibel wird. Dann lässt sich nicht mehr einfach feststellen: Es ist mir zu heiß geworden, also lege ich einen Hebel um und alles ist wieder gut.

Der menschenverursachte Klimawandel entwickelt sich erkennbar zu einer der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen muss daher für uns Priorität haben.

Kfz-Verkehr im historischen Stadtkern – überlegt und geplant lenken

Unser Kleinod an historischem Stadtkern mit seinen vielen Kulturgütern und Bau- denkmälern, seiner darin gut eingebette- ten Gastronomie, seinem Einzelhandel, seinem vielfältigen Dienstleistungsange- bot, seinem Erholungswert (z.B. durch ei- nen Spaziergang über den vollständigen Stadtwall incl. des Stadtparks) und last but not least seinen Bewohnern hat weitere Aufwertung verdient.

In den Jahren 2015 – 2019 haben wir alle miteinander bereits sehr viel in die Aufwertung dieses Stadtkernes investiert: Rhein- und Orsoyerstraße wurden modernisiert und verkehrsberuhigt, der Marktplatz und der Kirchvorplatz wur- den aufwendig neu gestaltet, Holz- und Fischmarkt sind deutlich verschönert, und dort halten nun die Busse des ÖPNV am zentralen Marktplatz im schönsten Gebäudeensemble aus allen Epochen. Von dort aus ist das gesamte Angebot des Rheinberger Stadtkerns in max. 300m ebenerdigem Fußweg zu errei- chen.

Die nächsten Maßnahmen, um diese Kampagne „rund“ zu machen, stehen 2020/2021 an: Die Fußgängerzone in der Gelderstraße mit dem Kreuzungs- punkt zur Kamperstraße und Beguinen- straße wird neu gestaltet. Unser goti- sches Altes Rathaus als Herzstück des Marktplatzes wird aufwändig saniert, modernisiert, um einen Glasanbau er- weitert, wodurch alle Etagen wieder neu für die Öffentlichkeit nutzbar und erleb- bar gemacht werden. Damit wird die Verbindung zum Lindenplatz, zum Fon- tänenfeld, auf den Marktplatz revitali- siert.



Gleichzeitig ist uns allen mittlerweile bewusst, dass wir uns dringend deutlich umwelt- und klimabewusster verhalten müssen. Ein weltweit sehr offensiv propa- giertes, umfassender Nutzen ist es, wo immer es geht, sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf den Weg zu machen, der bei uns nicht nur kurz, sondern immer auch eben ist. Der Niederrhein – das Fahrrad- fahrerparadies, erst recht im schönen Stadtkern von Rheinberg.

Nun wurde auf Vorschlag der Verwal- tung im Rat mehrheitlich, auch mit Stim- men der GRÜNEN Fraktion, beschlossen, nach Beendigung der Umgestaltung von Gelderstraße und angrenzenden Straßen testweise für ein Jahr die Durchfahrt am Holz-/Fischmarkt für den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu sperren.

Erst nach der Ratssitzung wurde be- kannt, dass die Polizei Rheinberg von einer Sperrung der Durchfahrt abrät. Be- gründet wurde dies u.a. mit schlechten Erfahrungen während der Umbauphase Holz-/Fischmarkt, insbesondere im Be- reich Kattewall und Goldstraße. Es fehle an einem umfassenden Verkehrskonzept.

Als Konsequenz aus der Kritik der Polizei und den verschiedenen kritischen Stim- men aus Einzelhandel und Bürgerschaft hat die Grüne Fraktion einen Antrag an den Rat im Dezember eingebracht, der die Entscheidung für eine probeweise Sperrung von Holz-/Fischmarkt für den MIV aussetzt. Sie soll erst nach Beendi- gung der Sanierung im Bereich Gelder- straße/Kamperstraße neu getroffen werden.

Zudem haben wir beantragt:

- ein Konzept zur Attraktivitäts- steigerung des weitgehend ungenutzten Parkplatzes an der Kamperstraße vorzulegen.
- im Vorfeld der Ratsentscheidung Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen, um auf Kritik und Anregungen rechtzeitig reagieren zu können.

Wir wollen uns der Diskussion mit allen beteiligten Gruppen aus Wirtschaft und Wohnbevölkerung im Stadtkern stellen. Angesichts sich wandelnder Stadtbilder – weg von der klassischen autogerech- ten Stadt – denken wir allerdings:

- Die Vermeidung oder Verminde- rung von motorisierten privaten Durchgangsverkehrs in der Rheinberger Innenstadt kann uns neue zusätzliche Chancen erschließen: Neue Besucher, neue Kunden, neue Gäste, neue Einwohner, weniger Lärm und andere Immissionen, mehr Sicherheit und Wohlgefühl.



Ralf Winstroth Sachkundiger Bürger informiert über Entscheidungen im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss

KITA-Grundstück am Orsoyerberg gesucht!

Laut Tagesstättenbedarfsplan der Stadt Rheinberg steht nur für 92 Prozent der über-dreijährigen Kinder ein Kindergar- tenplatz bereit, bei den Ein- bis Zweijähri- gen nur für 55,6 Prozent. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Auch im Rheinberger Süden gibt es nicht genügend KITA-Plätze. Hinzu kommt, dass die Bausubstanz des Ev. Kindergar- tens Orsoy (2 Gruppen) dringend renovi- erungsbedürftig ist und die evangeli- sche Kirchengemeinde nicht mehr Trä- gerin des Kindergartens sein möchte.

Die Idee der Stadtverwaltung: Der Städ- tische Kindergarten Vierbaum (3 Grup- pen) und der evangelische Kindergarten Orsoy fusionieren unter Leitung der Stadt Rheinberg, und am Orsoyerberg wird ein großer, gemeinsamer Kinder- garten mit 6 Gruppen gebaut.

Das Problem: Es gibt berechtigten Pro- test der Elternschaft des Vierbaumer Kindergartens. Dieser ist mit seinem großen und schönen Außengelände und den hellen Gruppenräumen ausgespro- chen attraktiv für viele Eltern.

Auch die GRÜNE Ratsfraktion ist der Meinung, dass sein Erhalt notwendig ist, auch wenn er nicht in allen Punkten den Ansprüchen genügt, die an einen KITA- Neubau heutzutage gestellt werden.

Die Bestandsnotwendigkeit des Kinder- gartens Vierbaum hatten wir dann auch in einem Antrag an den Jugendhilfeaus- schuss (JHA) gefordert, dem auch gefolgt wurde. Zudem hatten wir vorgeschlagen, für einen notwendigen Neubau die Suche zu erweitern: Ob am Standort Vierbaum ergänzend Gruppen plane-

risch möglich sind, ist von der Verwal- tung zu überprüfen; ebenso sollten in Orsoy und Orsoyerberg Alternativen ab- geklärt werden. Auch diesem Vorschlag folgte der JHA mit der Ergänzung, dass die von den Anwohner*innen nicht ge- wünschten potenziellen Standorte auf den Spielplätzen Clevische Straße und Plankweg am Orsoyerberg ausgeschlos- sen werden.

- Da der Bedarf an KITA-Plätzen dringlich ist, werden wir GRÜNEN uns für eine rasche Suche nach einem geeigneten Standort ein- setzen.

Zigarettenkippen = Giftmüll

Egal, wo man geht oder steht, überall finden sich achtlos weggeworfene Zigarettenkippen. Kaum jemand, der eine Zigarettenkippe fallen lässt, ahnt, was damit der Umwelt angetan wird. In den runtergebrannten Glimmstängeln befindet sich ein großer Cocktail an Giftstoffen beispiels- weise Arsen, Blei, Chrom, Kupfer, Cadmium, Formaldehyd, aromatische Kohlenwasserstoffe und nicht zu vergessen: Nikotin. Wir mögen zwar den- ken, was macht eine Zigarettenkippe schon aus, aber lt. Schätzung der Weltgesundheitsorganisation werden pro Jahr 340 bis 680 Millionen Kilogramm Zigarettenstummel weltweit weggeworfen. Die Menge ist also das Problem! Außerdem kann eine weggeworfene Kippe zum Brand- stifter werden.

Der Zigarettenfilter besteht aus dem Kunststoff Celluloseacetat. Sogar im arktischen Eis sind Mikroplastik-Teilchen von Zigarettenfiltern gefun- den worden. Beschlossen wurde nun im Rheinberger Haupt- und Finanzausschuss, dass jede Person, die ihre Kippe in Rheinberg achtlos fallen lässt und dabei erwischt wird, in Zukunft 50,-€ Bußgeld zahlen muss. Zigarettenstummel gehören nun mal in den Restmüll!



Luise Theile Svenja Reinert fordern eine KITA am Orsoyerberg

Wege zum Rheinufer

Östlich der Einmündung des Altrheins in den Rheinstrom im Bereich der Ossenberger Kläranlage der Lineg befindet sich das Naturschutzgebiet Orsoy-Land. Es umfasst das östliche Ufer des Altrheins von der Schleuse bis zur Mündung, das Rheinufer samt Böschung stromaufwärts mit den hinter dem sanierten Deich liegenden Weideflächen, die von der für die Pflege des Deiches notwendigen Schafherde genutzt werden. Wege gab und gibt es in diesem Gebiet nicht.

Das Rheinufer ist in Rheinberg einzigartig, weil nur dieser Abschnitt auf der Strecke vom Hafen Orsoy bis zur Stadtgrenze in Niederwallach noch natürlich erhalten, also nicht abgegraben, ausgekieselt oder sonst verbaut worden ist. Außer den bäuerlichen Nutzern hatten nur wenige Menschen, Natur- und Heimatfreunde aus der nahen Umgebung sowie Angler, Zugang zu den Ufern und Weideflächen; es herrschte weitgehend Ruhe im Naturschutzgebiet.

Das änderte sich im Laufe der letzten Jahre mit dem Rückzug des Weideviehs, besonders mit der Rückverlegung und Sanierung des Rheindeichs, als das gesamte Gebiet weitgehend ohne Einzäunung allgemein geöffnet schien und sich zum bevorzugten Areal für das Ausführen von Hunden, angeleint oder freilaufend, ganz nach dem Wunsch der von nah und fern anfahrenen Menschen entwickelte. Obwohl das Betreten des Naturschutzgebiets mit oder ohne Hun-



de außerhalb von Wegen gesetzlich verboten ist, gab es keine wahrnehmbaren Kontrollen der zuständigen Behörden, bis im Juni dieses Jahres erstmals „Ranger“ des Regionalverbandes Ruhr (RVR) die in großer Zahl durch die Schafweiden zum Rhein strebenden Menschen ansprachen und einzelne Verstöße gegen das Betretungsverbot ahndeten.

Nun erhebt sich Protest einiger Bürger, die sich in einer Initiative zusammenschlossen und Unterschriften gesammelt haben, um den Landrat in Wesel, der der zuständigen Unteren Landschaftsbehörde vorsteht, dazu zu bewegen, einen Kompromiss zu finden und ihnen den Zutritt zum Rheinufer zu erlauben.

Das wird nicht einfach, weil das Naturschutzgesetz keine Ausnahme vom Betretungsverbot kennt, die im Bereich Orsoy-Land greifen könnte: Hundeausführung oder gar Hundeauslauf und Naturschutz sind unvereinbar, da keine Wege vorhanden sind, die ein geordnetes Betreten der Ufer und des auch für die Schafbeweidung des Deichs unabdingbaren Weidegebiets erlaubten; die vor allem durch die „wilde“ Nutzung und einzelne Angler entstandenen Pfade sind keine Wege im Rechtssinne. Auch die Schafhaltung kann nicht eingeschränkt werden, weil die Beweidung der Weiden auf und hinter dem Deich im Bereich Ossenberger und Orsoy-Land für die Deichsicherheit und den Hochwasserschutz unabdingbar ist.

Allerdings ist den Menschen, die mit Recht auch einmal an den Rheinstrom treten, das Kies- und Sandufer belaufen



Fritz Ettwig Niels Awater
suchen einen Kompromiss zwischen Naturschutz und Bürgerinteressen

und das Wasser hören und die „Natur“ nicht nur vom Deich aus erleben wollen, ein Bereich in Höhe der Zufahrt der Straße Orsoy-Land zum Deich eröffnet. Dieser ca. zwei bis drei Hundert Meter lange Abschnitt ist direkt über die genannte Straße und von Ossenberger aus über die Deichkrone in noch zumutbarer Entfernung erreichbar.

Ob weitere Möglichkeiten eröffnet werden können – dazu hat die GRÜNE Fraktion einen Antrag in den Umweltausschuss eingebracht.



Das Rheinufer bei Rheinberg

Aus dem Ortsverband

Ist die Solvay auf dem Holzweg zwischen Profit und Gesundheitsschutz?

Im Oktober 2019 wurde der Grundstein für das Solvay-Holzkraftwerk „Woodpower“ gelegt. Solvay erklärte, durch diese Anlage bis zu 25% weniger CO₂ auszustößen. Das Kohlekraftwerk werde zurückgefahren. Die Genehmigung für den Kooperationspartner der Fa. Solvay, die Firma AVG, die das Holzkraftwerk mit 200.000 t Altholz-Schnitzel der Schadstoffklassen I – IV versorgen will, steht noch aus. Rechtsgrundlage ist das Bundesimmissionsschutzgesetz.

Der BUND und wir Rheinberger GRÜNE haben in der 2-tägigen Erörterungsveranstaltung der Bezirksregierung Düsseldorf (Genehmigungsbehörde) im Kamper Hof Einwendungen gegen die Planungen vorgebracht. Anträge wurden dabei wegen der mangelnden Informationslage oder auf Abänderung der Planung gestellt. Roter Faden war der Gesundheitsschutz für die Anwohner. Einsprüche wurden u. a. für folgende Bereiche formuliert:

- **Anfahrbetrieb der Solvay-Anlage**
- **Brandschutz**
- **Europäisches Gemeinschaftsrecht, konkretisiert in den BVT-Merkblättern („Beste verfügbare Technik“), soll aus Gründen des Lärm- und Staubschutzes Anwendung finden.**

Die für 2018 geforderte Rechtsverbindlichkeit für die EU-Mitgliedsstaaten wurde durch die Bundesregierung beklagenswerterweise noch nicht in nationales Recht umgesetzt. Somit ist eine zum Schutze der anwohnenden Menschen (als „gute Nachbarn der Firma Solvay“ in der Werkszeitung genannt) vorgeschriebene Einhausung des Holzvorbrechers (AVG) für die Antragsteller noch nicht rechtlich bindend. Dennoch hatten die Firmen die Verwendung der bestverfügbaren Technik zugesagt.

Bleibt abzuwarten, ob hierfür eine Änderung durch die Bezirksregierung erfolgt oder die Solvay bzw. deren Partner AVG eine moralische Bindung erkennen.

- **Die Arbeitszeit am Vorbrecher soll um 20 Uhr enden, nicht um 22.00 Uhr.**
- **Die Kontrolldichte und -qualität lassen es zu, dass mit Schadstoffen schwerbelastete Hölzer oder Frischholz nicht erkannt werden. Vorgeschriebene Analysen sind in der Konsequenz zeitlich zu träge, um faktische Verbrennungshindernisse vor der thermischen Verwertung erkennen zu können. D. h., im Einzelfall könnte das Freisetzen von schädlichen Stoffen nicht verhindert werden. Die AVG, so eine Vertreterin,**



Die aktuelle Baustelle des Projekts

- **vertraue auf die vorgelegten Expertisen der Anlieferer (Ladepapiere), so sei der Rechtsrahmen.**
- **Das Verkehrsgutachten bezeichnet die Zunahme des LKW-Schwerverkehrs um ca. 60 Bewegungen (120 bei An- und Abfahrt) sinngemäß als unbeachtlich.**
- **Im Falle der beiden zuletzt genannten Punkte beantragten wir die Überprüfung durch die BR.**

Betriebswirtschaftliche Auskünfte lehnte die Fa. AVG ab. Solche Informationen halten wir für erheblich angesichts der Konkurrenzsituation umliegender Verbren-

nungsanlagen und der schwindenden Verfügbarkeit von Holz (Waldsterben, zunehmende Bedeutung stehender Wälder für den Klimaschutz).

Unsere Gesundheit und unser Lebensraum werden bereits durch hohe Verkehrsdichte, andere Industrieanlagen, Staub und Lärm belastet. Wie meinen, dass weitere Zumutungen immer sehr belastend und daher nicht hinnehmbar sind.

Barbara Ettwig
Peter Mokros
Dr. Wolfgang Pahlmann
Luise Theile

Erbe Wasserwüsten

Die derzeitige Bedarfsdefinition sowie Ramschpreise verhindern bislang jegliche Nachhaltigkeit bei der Nutzung der endlichen Ressource Kies. Dies geht vor allem zu Lasten nachfolgender Generationen. 16 % der Rheinberger Fläche ist heute bereits ausgekiest.

Die Kiesindustrie drückt dem Landschaftsbild des Niederrheins immer stärker ihren zweifelhaften Stempel auf. Sie begehrt nach immer neuen Flächen, in erster Linie sind das hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen, um sie dann der Allgemeinheit als, in aller Regel eingezäunte, Wasserflächen zu hinterlassen. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan, den die schwarz-gelbe Landesregierung am 12. Juli dieses Jahres im Landtag verabschiedet hat, wurde hier ein neues Kapitel aufgeschlagen. Zusätzlich zu den bereits für den Kiesabbau ausgewiesenen 906 Hektar Flächen im Kreis Wesel sollen noch einmal etwa 300 Hektar dazu kommen, um den „Bedarf“ der Kiesindustrie für die nächsten 25 Jahre zu decken.

Welcher Bedarf ist gemeint?

Ist das der Bedarf für unsere Region? Ist das der Bedarf für Nordrhein-Westfalen oder der Bedarf für Deutschland oder ist hier auch der Bedarf für die Benelux-Länder und Großbauprojekte in Übersee gemeint? Fakt ist jedenfalls, dass in den

Niederlanden und Belgien kaum noch Auskiesungsflächen bereitgestellt werden und sehr häufig mit Sand und Kies beladene Schiffe die deutsch-niederländische Grenze bei Emmerich in Richtung Niederlande passieren. Hier vor unserer Haustüre findet dann dieser Abbau statt. Auskiesungen unterfallen dem Bergrecht, die Kommune hat kein Mitentscheidungsrecht.

So besteht der zu deckende „Bedarf“ wohl derzeit in der Menge, der sich von der Kiesindustrie irgendwie am Markt absetzen lässt, gleichgültig wo. Diese Menge möchte sie sich durch den neuen Landesentwicklungsplan gerade für die

nächsten 25 Jahre festschreiben lassen. Nachhaltigkeit ist also absolute Fehlangelegenheit. Hier bedarf es dringend einer deutlichen Korrektur. **Wir fordern, dass sich der Kiesabbau in Nordrhein-Westfalen am Bedarf der in Nordrhein-Westfalen benötigten Menge ausrichtet.**

Kies zum Ramschpreis

Sand und Kies sind endliche Ressourcen. Jeder ausgekieste Hektar Land ist für eine landwirtschaftliche Nutzung oder eine Nutzung als Waldfläche für die nachfolgenden Generationen dauerhaft verloren. Darüber hinaus entstehen in großem Umfang geöffnete Grundwas-



Klaus Leonhards kritisiert die derzeitige „Bedarfs-ermittlung“ und hält eine Bepreisung der Ressource Kies für erforderlich

serkörper, die für Verunreinigungen anfällig sind. Die Filterfunktion des Bodens, insbesondere durch die Kiesschicht, und der Schutz gegen Starkregen durch Versickern des Regenwassers wird ebenfalls zerstört.

Die vorstehend genannten Tatbestände sind im Preis für Sand und Kies derzeit nicht berücksichtigt. Das hat zur Folge, dass dieser wertvolle Rohstoff für Dinge eingesetzt wird, für die er schlichtweg zu schade ist, wie beispielsweise im Unterbau von Straßen. Darüber hinaus könnten Sand und Kies, so schätzen Experten, beim Bauen zu 45 % durch Recyclingbeton ersetzt werden. Nur, glauben wir allen Ernstes, es wird jemand mit Recyclingbeton bauen, wenn dieser teurer ist als der frisch aus dem Boden geholt Kies oder ihn nicht mehr für den Straßenunterbau verwenden, solange Sand und Kies die preiswerteste Variante ist? Hier ist unserer Meinung eine Bepreisung, ähnlich wie beim CO2, erforderlich, die nachhaltigere Alternativen rentabel machen und die derzeit praktizierte Verschwendung der Ressource Kies verhindern.

Die Hinterlassenschaften der Kiesindustrie an der Alten Landstraße.



Keine Besserung in Sicht – Brunnenwasser in Rheinberg weiterhin mit Nitraten belastet

Auch in diesem Jahr musste der VSR-Gewässerschutz e.V. wieder vielen Bürgern mitteilen, dass ihr Brunnenwasser zu viel Nitrat enthält. Fast jeder sechste Brunnenbesitzer fördert Wasser mit über 50 Milligramm pro Liter. Insgesamt wurde Ende August das Wasser von 31 privat genutzten Brunnen aus dem Raum Rheinberg - Alpen - Moers von den Gewässerschützern analysiert. Dabei fanden die Aktiven 116 Milligramm Nitrat (mg/l) pro Liter in Eversael, 69 mg/l in Menzelen, 74 mg/l in Wal-lach, 97 mg/l in Ossenbergl, 91 mg/l in Rheinberg und 59 mg/l in Alpsray.

Es muss dringend gehandelt werden. Um die Nitratbelastung zu senken, fordert der VSR-Gewässerschutz eine stärkere Förderung des Ökologischen Landbaus.

Harald Gülzow nimmt eine Wasserprobe von einer Brunnennutzerin entgegen.



Von links: Dagmar Krause-Bartsch, Fritz Ettwig, Ulla Hausmann-Radau, Ernst Barten, der Künstler Franz Schwarz, Landrat Dr. Ansgar Müller. Foto: Kreis Wesel



Neben den Kommunen Alpen, Rheinberg, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn hat auch der Kreis Wesel eine Klage gegen den Landesentwicklungsplan in Sachen Auskiesung beschlossen. Für sein Engagement in dieser Sache danken Rheinbergs GRÜNE jüngst dem Landrat Dr. Müller. Sie überreichten ihm ein Bild des Duisburger Künstlers Franz Schwarz.

Dieses Gemälde zeigt sehr deutlich die gravierenden Veränderungen der niederrheinischen Landschaft beispielhaft zwischen Bislich und Rees: Zu sehen ist eine weitgehend ausgekieste Seenplatte.

Ulla Hausmann-Radau bedankte sich in einer kurzen Rede dafür, dass sich der Landrat sehr für die Klage eingesetzt habe. Das Bild mit der ausgekiesten Landschaft zeige, wohin die Ausbeutung der niederrheinischen Heimat führe. So dürfe es nicht weitergehen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c, 47495 Rheinberg

www.gruene-rheinberg.de
facebook: GRÜNE Rheinberg
Gestaltung, Satz und Druck:
TYPOGRAF Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14, 47475 Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de

